

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2009 — 1634

[C – 2009/33025]

16. FEBRUAR 2009 — Dekret über die Dienste der häuslichen Hilfe und die Schaffung einer Beratungsstelle für die häusliche, transmurale und stationäre Hilfe (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — *Allgemeine Bestimmungen*

Anwendungsbereich

Artikel 1 - Vorliegendes Dekret ist anwendbar auf die in Kapitel III beschriebenen Dienste der häuslichen Hilfe und auf die in Kapitel IV beschriebene Beratungsstelle mit Ausnahme der Dienstleistungen, die erbracht werden:

1. im Rahmen des Gesetzes vom 20 Juli 2001 über die Förderung der Entwicklung der Dienste und Berufe im Nahbereich;
2. durch freiberufliche Krankenpfleger oder Handwerker;
3. durch Krankenpflegedienste oder
4. im Rahmen des Gesetzes vom 3 Juli 2005 über die Rechte der Freiwilligen.

Begriffsbestimmungen

Art. 2 - Für die Anwendung dieses Dekretes versteht man unter:

1. Nutznießer: natürliche Person, die eine Hilfe benötigt und diese bei einem durch die Regierung anerkannten Dienst in der häuslichen, transmuralen und stationären Hilfe beansprucht;
2. Senioren: Nutznießer im Alter von mindestens 60 Jahren;
3. Transmurale und stationäre Hilfe: die in Artikel 2 des Dekretes vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und über die psychiatrischen Pflegewohnheime definierten Betreuungsangebote, wobei mit transmurale Hilfe die Überbrückungshilfe gemeint ist, die zwischen der Betreuung zu Hause und der stationären Hilfe angeboten wird;
4. Bezugspflege: die Begleitung, Hilfe und Pflege, die zuverlässig in größtmöglicher persönlicher Kontinuität erbracht und nach dem Prinzip der ganzheitlichen Dienstleistungserbringung gestaltet werden;
5. Dienstleister: natürliche oder juristische Person, die hauptamtlich oder ehrenamtlich in der häuslichen, transmuralen und stationären Hilfe tätig ist, einschließlich der in Artikel 1 erwähnten Dienste und Berufsgruppen;
6. Stellvertreter:
 - der gesetzliche oder der durch den Richter bezeichnete Vertreter des Nutznießers;
 - der durch den Nutznießer notariell bezeichnete Bevollmächtigte, mit Ausnahme der Personen, die in dem Dienst, den der Nutznießer beansprucht, tätig sind;
7. Fachabteilung: für den Bereich Familie und Senioren zuständige Fachabteilung des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
8. Regierung: Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
9. Integrierte Heimpflegedienste: die im Königlichen Erlass vom 8. Juli 2002 zur Festlegung der Bedingungen zur spezifischen Anerkennung der integrierten Heimpflegedienste definierten Dienste;
10. Dienste: die Dienste der häuslichen Hilfe, so wie in Kapitel III definiert;
11. Beratungsstelle: die Beratungsstelle für die häusliche, transmurale und stationäre Hilfe, so wie in Kapitel IV definiert.

KAPITEL II — *Vorläufige Anerkennung und Anerkennung*

Verpflichtende Anerkennung

Art. 3 - Jede juristische Person, die einen Dienst anbietet, sowie die juristische Person, die die Beratungsstelle betreibt, darf dies erst ab Inkrafttreten einer im Rahmen dieses Dekretes erteilten Anerkennung beziehungsweise vorläufigen Anerkennung.

Vorläufige Anerkennung

Art. 4 - Jede in Artikel 3 erwähnte juristische Person, die ihre Dienstleistung zum ersten Mal anbietet, reicht vor dem Antrag auf Anerkennung einen Antrag auf eine vorläufige Anerkennung bei der Fachabteilung ein.

Die Regierung erteilt auf Grundlage eines Gutachtens der Fachabteilung eine vorläufige Anerkennung, wenn die im vorliegenden Dekret und in dessen Ausführungsbestimmungen festgelegten Bedingungen erfüllt sind. In besonders begründeten Fällen kann die Regierung bei der vorläufigen Anerkennung Abweichungen für eine bestimmte Dauer zu den von ihr festgelegten Bedingungen gewähren.

Die vorläufige Anerkennung gilt für eine Dauer von sechs Monaten und kann in besonders begründeten Ausnahmefällen für höchstens sechs weitere Monate verlängert werden.

Anerkennung

Art. 5 - § 1 - Die in Artikel 3 erwähnte juristische Person stellt vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung bei der Fachabteilung einen Antrag auf Anerkennung. Die durch die Regierung erteilte Anerkennung wird erst nach Ablauf der vorläufigen Anerkennung wirksam.

§ 2 - Die Regierung erteilt auf Grundlage eines Gutachtens der Fachabteilung eine Anerkennung, wenn die im vorliegenden Dekret und in dessen Ausführungsbestimmungen festgelegten Bedingungen erfüllt sind. In besonders begründeten Fällen kann die Regierung bei der Anerkennung Abweichungen für eine bestimmte Dauer zu den von ihr festgelegten Bedingungen gewähren.

Allgemeine Bedingungen

Art. 6 - Die Regierung legt unbeschadet anderslautender gesetzlicher zwingender Bestimmungen die Bedingungen und das Verfahren bezüglich der Erteilung, der Verweigerung, der Aussetzung und des Entzugs der vorläufigen Anerkennung und der Anerkennung sowie bezüglich der Verlängerung der vorläufigen Anerkennung fest.

Die durch die Regierung festgelegten Bedingungen für die vorläufige Anerkennung und die Anerkennung beziehen sich insbesondere auf:

1. die juristische Form des Trägers des Dienstes oder der Beratungsstelle;
2. die Wahrung der persönlichen Rechte des Nutznießers unter Einbeziehung der ideologischen, philosophischen und religiösen Überzeugung;
3. die Achtung des Privatlebens und der Würde des Nutznießers;
4. den Respekt vor der Unabhängigkeit und der Wahlfreiheit des Nutznießers;
5. das Mitwirkungsrecht des Nutznießers beziehungsweise dessen Stellvertreters insbesondere in Bezug auf seine Beteiligung an der Durchführung der Hilfen zu Hause;
6. die Einhaltung der Rechte und Pflichten des Nutznießers oder seines Stellvertreters unbeschadet anders lautender zwingender Bestimmungen;
7. die Vereinbarung zwischen Dienst und Nutznießer in der Form eines Betreuungsvertrages;
8. das Hilfs-, Beratungs-, und Begleitkonzept;
9. die Öffnungszeiten, Bereitschaftsdienste und die Zugänglichkeit der Dienste für die Bürger;
10. die Einhaltung der Mindestpersonalnormen;
11. das Beschwerdemanagement;
12. die Maßnahmen zur Qualitätssicherung;
13. das Konzept der Bezugspflege;
14. die Buchführung.

Personalbestimmungen

Art. 7 - Für die vorläufige Anerkennung und die Anerkennung müssen folgende personelle Voraussetzungen erfüllt sein:

§ 1 - für den Dienst:

1. den von der Regierung festgelegten Mindestpersonalkader unter Berücksichtigung des genehmigten Stundenpakets einhalten und die durch die Regierung festgelegten Aufgaben des im Rahmen des Mindestpersonalkaders einzustellenden Personals berücksichtigen;
2. die in Artikel 9 Absatz 1 Nummer 1 definierte Hilfe durch Personen durchführen lassen, die über ein Diplom des Familien- und Seniorenhelfers oder über einen einschlägigen höherwertigen Abschluss verfügen. Sie werden in ihrer Arbeit unterstützt und beraten durch Personal, das über ein Graduat beziehungsweise einen Bachelorabschluss in Krankenpflege- oder Sozialwissenschaften verfügt. Unbeschadet anderer zwingender gesetzlicher Bestimmungen muss das Personal für die in Artikel 9 Absatz 1 Nummern 2 und 3 definierten Hilfen keine spezifische Qualifikation vorweisen. Diese Mitarbeiter werden ebenfalls durch den Dienst unterstützt und begleitet;
3. eine Person mit der Leitung beauftragen, die mindestens über einen Bachelorabschluss und eine von der Fachabteilung überprüfte Erfahrung im EDV- und Finanzbereich sowie in Personalführung verfügt;
4. über einen administrativen Stab verfügen, der die Dienstleitung unterstützt;
5. gewährleisten, dass alle für den Dienst tätigen Personen, außer den in Artikel 9 Absatz 1 Nummer 3 genannten, über entsprechende Deutschkenntnisse verfügen;
6. eine kontinuierliche Fortbildung seines Personals in den für die entsprechende Tätigkeit relevanten Bereichen gewährleisten.

In Abweichung von Absatz 1 Nummern 2 und 3 kann die Regierung auf Antrag und im Einzelfall Bewerber mit anderen Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnliche nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt oder ein nachgewiesener Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation besteht.

§ 2 - für die Beratungsstelle:

1. den von der Regierung festgelegten Mindestpersonalkader und die durch die Regierung festgelegten Aufgaben des im Rahmen des Mindestpersonalkaders einzustellenden Personals gewährleisten;
2. einen Geschäftsführer mit der Leitung beauftragen, der über eine Lizenz beziehungsweise einen Masterabschluss in Gerontologie-, Sozial-, Pflege- oder Wirtschaftswissenschaft oder über einen einschlägigen höherwertigen Abschluss sowie über eine von der Fachabteilung überprüfte Erfahrung im EDV- und Finanzbereich sowie Personalführung verfügt;
3. über ein multidisziplinäres Team verfügen, dem mindestens ein Krankenpfleger, ein Paramediziner und ein Sozialarbeiter angehören;
4. über administratives Personal mit einem Abschluss der Oberstufe des Sekundarunterrichts verfügen;
5. unter Berücksichtigung der von der Regierung festgelegten Bedingungen, den Nachweis erbringen, dass das unter Nummern 1-4 festgelegte Personal über entsprechende Deutschkenntnisse verfügt;
6. eine kontinuierliche Fortbildung seines Personals in den für die entsprechende Tätigkeit relevanten Bereichen gewährleisten.

In Abweichung von Absatz 1 Nummern 2, 3 und 4 kann die Regierung auf Antrag und im Einzelfall Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnliche nützliche Berufserfahrung oder eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion vorliegt oder wenn ein nachgewiesener Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation herrscht.

Das in Absatz 1 unter Nummern 2, 3 und 4 erwähnte Personal darf nicht bereits eine Funktion im transmuralem und stationären Bereich oder in einem Dienst der häuslichen Hilfe ausüben.

KAPITEL III — *Dienste der häuslichen Hilfe*

Definition

Art. 8 - Die Dienste der häuslichen Hilfe sind von der Regierung anerkannte Dienste, die dem Nutznießer in seinem Zuhause die benötigte Hilfe zukommen lassen, sodass dieser so lange wie möglich in seinem gewohnten Umfeld verbleiben kann, und deren Tätigkeit sich auf mehrere Gemeinden des deutschen Sprachgebiets erstreckt.

Aufgaben

Art. 9 - Die Dienste der häuslichen Hilfe decken, je nach den Bedürfnissen des Nutznießers, einen oder mehrere der folgenden Kernbereiche ab:

1. Familien- und Seniorenhilfe: Leistungen der direkten, personenbezogenen Hilfe, Begleitung und Pflege des Nutznießers, die unmittelbar seine physischen und psychischen Bedürfnisse betreffen. Dazu gehört auch die Krankenwache. Diese Leistungen dienen seiner Selbsthilfekompetenz;

2. hauswirtschaftliche Hilfen: materielle Hilfen zur Bewältigung des alltäglichen Lebens, Hilfen beim Unterhalt und der Organisation des Haushaltes des Nutznießers, wozu unter anderem die Reinigung der Wohnung, das Wäsche waschen und Bügeln, die Zubereitung des Essens, Botengänge sowie die Einkäufe gehören;

3. handwerkliche Hilfen: Unterstützung bei der Instandhaltung und der Instandsetzung der bewohnten Räume des Nutznießers und dessen direkten Umfeldes, wozu unter anderem Reparaturen, Renovierungen, Gartenarbeiten, Winterdienst und Umzüge gehören.

Die Regierung legt für die in Absatz 1 Nummern 1 und 2 beschriebenen Hilfen Interventionskriterien fest, die die Abgrenzung der Art und Intensität der benötigten Hilfen ermöglichen.

In Bezug auf die in Absatz 1 Nummern 2 und 3 genannten Kernbereiche können die Dienste der häuslichen Hilfe Teile derselben abdecken.

Die in Absatz 1 Nummern 1 und 2 beschriebenen Hilfen müssen nach dem Prinzip der Bezugspflege angeboten werden.

Bezuschussung

Art. 10 - § 1 - Die Regierung legt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Höhe der Zuschussung, die Zuschussungsbedingungen und die Modalitäten, unter denen die Dienste der häuslichen Hilfe ihre Aufgabe erfüllen, fest.

§ 2 - Zur Festlegung der Zuschussung bewilligt die Regierung den anerkannten Diensten jährlich ein Stundenpaket für Dienstleistungs-, Koordinations- und Weiterbildungsstunden.

Das genehmigte jährliche Stundenpaket kann im Laufe des betreffenden Jahres durch die Regierung bei entsprechendem Bedarf abgeändert werden.

§ 3 - Der Zuschuss wird auf Basis der von der Regierung festgelegten Stundenpauschale errechnet. Bei der Festlegung des Zuschusses wird den geschätzten annehmbaren Personal- und Funktionskosten sowie den geschätzten Einnahmen des Dienstes Rechnung getragen.

KAPITEL IV — *Beratungsstelle*

Definition

Art. 11 - Die Beratungsstelle ist eine durch die Regierung anerkannte juristische Person, die dem Nutznießer Information, Beratung, Hilfeplanung, Begleitung und Koordination in der häuslichen, transmuralem und stationären Hilfe anbietet und über alle im deutschen Sprachgebiet tätigen Dienstleister im Sozial- und Gesundheitsbereich informiert.

Die Beratungsstelle wird außerdem tätig bei einer individuellen Informations- oder Hilfeanfrage eines Nutznießers oder seines Stellvertreters sowie auf Anfrage eines Dienstleisters.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird höchstens eine Beratungsstelle anerkannt, die für die gesamte Bevölkerung des deutschen Sprachgebietes zuständig ist. Die Beratungsstelle kann nicht gleichzeitig einen Dienst anbieten.

Die Beratungsstelle muss eine Geschäftsstelle im Norden und eine im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft nachweisen.

Allgemeine Aufgaben der Beratungsstelle

Art. 12 - Zu den Aufgaben der Beratungsstelle gehören:

1. die Bevölkerung über die bestehenden Angebote in der häuslichen, transmuralem und stationären Hilfe durch Öffentlichkeitsarbeit zu informieren;

2. Bedarfsentwicklungen im Bereich der häuslichen, transmuralem und stationären Hilfe zu beobachten sowie bei Bedarf der Regierung Anpassungen des Angebotes mit den dazu notwendigen Rahmenbedingungen vorzuschlagen;

3. Informationsaustausch und Netzwerkarbeit zwischen den Diensten der häuslichen, transmuralem und stationären Hilfe zu gewährleisten;

4. Vorschläge an die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anerkannten Fortbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen zu Schulungsinhalten auszuarbeiten, und dies sowohl für hauptamtliche als auch für ehrenamtliche Mitarbeiter und pflegende Angehörige;

5. unter den von der Regierung festgelegten Bedingungen über Hilfsangebote bei Gewalt an Senioren zu informieren.

Die Beratungsstelle kann für die Bearbeitung von Beschwerden, für die Behandlung der Thematik «Gewalt an Senioren» und für die Supervision der Mitarbeiter der Beratungsstelle im Rahmen von Honorarverträgen auf externe Fachkräfte zurückgreifen.

Aufgaben der Beratungsstelle zugunsten von Senioren

Art. 13 - § 1 - Zu den Aufgaben der Beratungsstelle zugunsten von Senioren gehören im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Bedingungen und Modalitäten insbesondere:

1. die persönliche Information des Seniors beziehungsweise seines Stellvertreters über die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestehenden Hilfen in der häuslichen, transmuralem und stationären Hilfe sowie andere Hilfen;

2. die Durchführung der individuellen Bedarfsermittlung, die mit dem Senior beziehungsweise dessen Stellvertreter erfolgt. Die Beratungsstelle berücksichtigt bei dieser Bedarfsermittlung die Wünsche und Bedürfnisse des Seniors sowie seine freie Wahl der Dienstleister. Auf Wunsch des Seniors beziehungsweise seines Stellvertreters können andere Personen bei der Bedarfsermittlung hinzugezogen werden. Die Bedarfsermittlung beinhaltet das Abklären der benötigten pflegerischen, sozialen und hauswirtschaftlichen Hilfen, des Bedarfs an Hilfsmitteln, an Anpassung der Wohnung und anderer Bedürfnisse des Seniors.

Zur Einschätzung des Bedarfs an Familien- und Seniorenhilfe sowie an Hauswirtschaftshilfe legt die Regierung Bewertungsinstrumente fest. Die Bedarfsermittlung erfolgt im Regelfall beim Nutznießer zu Hause;

3. das Erstellen eines individuellen, lebensweltorientierten Hilfeplans in Absprache mit dem Senior beziehungsweise seinem Stellvertreter. In diesem Hilfeplan werden die gemäß der Bedarfsermittlung empfohlenen Hilfeleistungen, unter Berücksichtigung aller intervenierenden Dienstleister festgelegt. Der Hilfeplan wird in Kenntnis der vorhandenen freien Kapazitäten der Dienstleister und in Absprache mit diesen erstellt. Der Hilfeplan gilt als Empfehlung für die vom Senior beziehungsweise seinem Stellvertreter angefragten Leistungen.

Bei Einverständnis des Seniors, beziehungsweise dessen Stellvertreters mit dem ausgearbeiteten Hilfeplan, kontaktiert die Beratungsstelle alle betroffenen Dienstleister, um den erarbeiteten Hilfeplan umzusetzen;

4. die Beratungsstelle leistet bei Bedarf Hilfe bei der Beschaffung der benötigten Hilfsmittel und vermittelt an entsprechende Dienste und Einrichtungen. Bei ihrer Beratungstätigkeit greift die Beratungsstelle auf entsprechende Einrichtungen und Dienste zurück, insbesondere bei Wohnungsanpassungen.

Bei Bedarf werden dem Senior beziehungsweise seinem Stellvertreter Alternativen zu seiner aktuellen Wohnsituation vorgeschlagen;

5. die Errechnung des Nutznießerbeitrages gemäß Artikel 17 für die im Hilfeplan vorgesehenen Dienstleistungen und die Information des Seniors über mögliche finanzielle Unterstützungen;

6. die regelmäßige Evaluation des Hilfeplans nach Inanspruchnahme der empfohlenen Hilfeleistungen.

Um zu prüfen, ob die Hilfen weiterhin angepasst sind, wird der Hilfeplan mindestens alle sechs Monate gemeinsam mit dem Senior beziehungsweise dessen Stellvertreter und den jeweiligen Dienstleistern überprüft. Diese werden auch im Falle einer Veränderung der Betreuungs- und Pflegesituation informiert;

7. der Mitarbeiter der Beratungsstelle begleitet den Senior fachlich und persönlich über den gesamten Zeitraum der Hilfenutzung und koordiniert das Dienstleistungsangebot bedarfs- und bedürfnisgerecht unter Berücksichtigung der individuellen Lebenswelt des Nutznießers.

Im engen Zusammenwirken mit dem Dienstleister kann die Verantwortung für die Organisation des Alltags beim Nutznießer an diesen delegiert werden. Dies betrifft vor allem prekäre und risikoreiche Hilfesituationen mit entsprechend kurzfristigem Handlungs- und Steuerungsbedarf;

8. die Beratung im Bereich der Hilfe bei Gewalt an Senioren.

§ 2 - Senioren, die die in Artikel 9 Absatz 1 Nummer 1 festgelegte Hilfe sowie die stationäre Hilfe der Altenwohnheime und der Alten- und Pflegewohnheime nutzen möchten, beanspruchen die Dienstleistung der Beratungsstelle zur Erstellung der in § 1 Nummern 2 und 3 erwähnten Bedarfsermittlung und des Hilfeplans.

Liegt kein Hilfeplan vor, lassen die Dienste der häuslichen Hilfe, die Altenwohnheime und die Alten- und Pflegewohnheime, vor Gewährleistung ihrer Dienstleistung, diesen Hilfeplan durch die Beratungsstelle erstellen.

Bei Nichtinanspruchnahme des erstellten Hilfeplans durch den Senior oder bei einer Abweichung zum vorgeschlagenen Hilfeplan müssen der Dienst, das Altenwohnheim oder das Alten- und Pflegewohnheim der Beratungsstelle einen begründeten Bericht zustellen. Die Regierung legt diesbezügliche Kriterien fest. Diese Berichte werden bei der Beratungsstelle archiviert.

Bedarf der Hilfeplan im Laufe seiner Durchführung einer Anpassung, beantragt der Dienst, das Altenwohnheim oder das Alten- und Pflegewohnheim bei der Beratungsstelle eine Überarbeitung des bestehenden Hilfeplans.

Die in Absatz 1 festgelegte Beratung durch die Beratungsstelle ist nicht erforderlich, wenn die Intervention weniger als einen Monat andauert oder der Senior Palliativpflege erhält. Wenn eine Hilfe dringend gewährt wird, deren voraussichtliche Dauer einen Monat übersteigt, wird der Bedarf an Dienstleistungen innerhalb eines Monats nach Gewährleistung der Hilfe durch die Beratungsstelle überprüft. Die Beratungsstelle wird umgehend vom Dienst über die Dringlichkeitsanfrage informiert.

§ 3 - Die Beratungsstelle schließt im Rahmen der durch die Regierung festgelegten Modalitäten eine Vereinbarung mit jedem Dienst der häuslichen Hilfe und den Altenwohn- sowie Alten- und Pflegewohnheimen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ab, in der, unter Berücksichtigung der im vorliegenden Artikel festgelegten Aufgaben der Beratungsstelle, die Modalitäten der Zusammenarbeit festgelegt werden.

Bezuschussung

Art. 14 - Die Regierung legt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die Zuschussbedingungen und Modalitäten fest, unter denen die Beratungsstelle ihre Aufgabe erfüllt. Bei der Festlegung der Zuschussung berücksichtigt die Regierung folgende Kriterien:

1. die potenzielle Anzahl Personen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die die Dienstleistungen der Beratungsstelle beanspruchen können;

2. die Anzahl Senioren in der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

3. die Anzahl Dienste und Einrichtungen, die die häusliche Hilfe und/oder die transmurale und stationäre Hilfe anbieten.

Strukturvorgaben

Art. 15 - § 1 - Um anerkannt zu werden, muss die Beratungsstelle das Statut einer Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht besitzen und mindestens folgende im deutschen Sprachgebiet tätige Organisationen und Personen zu ihren Mitgliedern zählen:

1. jedes Alten- und Pflegewohnheim;
2. jeden Dienst der häuslichen Hilfe, die jeweils zwei Vertreter in die Generalversammlung entsenden;
3. jedes Öffentliche Sozialhilfezentrum;
4. jede Krankenkasse;
5. jeden Ärztekreis;
6. jeden integrierten Heimpflegedienst;
7. zwei selbstständige Krankenpfleger;
8. Hauskrankenpflegedienste, die insgesamt zwei Vertreter in die Generalversammlung entsenden;
9. jedes Krankenhaus,
10. jede Organisation in der häuslichen Hilfe, die hauptsächlich mit Ehrenamtlichen arbeitet;
11. zwei Senioren, die im deutschen Sprachgebiet wohnhaft sind.

Zusätzlich zu den in Absatz 1 beschriebenen Organisationen und Personen muss die Interkommunale der Medizinisch-Sozialen Einrichtungen Moresnet (A.I.O.M.S.) Mitglied der Vereinigung sein.

Die Aufgaben der Generalversammlung, des Verwaltungsrates und der Geschäftsführung werden in den Statuten der Vereinigung definiert. Die Generalversammlung wählt die Mitglieder des Verwaltungsrates.

§ 2 - Um anerkannt zu werden, müssen folgende Organisationen oder Personen im Verwaltungsrat der Vereinigung vertreten sein:

1. jeder Dienst der häuslichen Hilfe, der den Kernbereich Familien- und Seniorenhilfe abdeckt, mit einem Vertreter, mit Ausnahme der V.o.G. Familienhilfe, die zwei Vertreter entsendet;
2. jeder Dienst der häuslichen Hilfe, der die Kernbereiche hauswirtschaftliche und handwerkliche Hilfen abdeckt mit einem Vertreter;
3. die Alten- und Pflegewohnheime, die insgesamt drei Vertreter entsenden;
4. die Organisationen der häuslichen Hilfe, die hauptsächlich mit Ehrenamtlichen arbeiten, die insgesamt einen Vertreter entsenden;
5. die Hauskrankenpflegedienste, die insgesamt einen Vertreter entsenden;
6. die Öffentlichen Sozialhilfezentren, die insgesamt einen Vertreter entsenden;
7. jede Krankenkasse mit einem Vertreter;
8. jeder Ärztekreis mit einem Vertreter;
9. ein selbstständiger Krankenpfleger;
10. ein Senior.

§ 3 - Ein Vertreter der Fachabteilung nimmt an den Sitzungen der Entscheidungsgremien der Vereinigung mit beratender Stimme teil.

§ 4 - Der Verwaltungsrat delegiert die tägliche Geschäftsführung an den in Artikel 7 § 2 Nummer 2 erwähnten Geschäftsführer.

KAPITEL V — *Pilotprojekte*

Förderung

Art. 16 - § 1 - Die Regierung kann im Rahmen einer Konvention mit einem Projektträger ein Pilotprojekt unter den in der Konvention festgelegten Bedingungen für einen begrenzten Zeitraum von höchstens drei Jahren fördern.

Bei diesen Pilotprojekten handelt es sich um innovative Angebote in der häuslichen Hilfe.

Drei Monate vor Ablauf der Konvention reicht der Träger eine Auswertung bei der Fachabteilung ein. Die Regierung entscheidet auf Basis der Auswertung und der Stellungnahme der Fachabteilung und nach Anhörung des Trägers über die weitere Förderung des Projektes.

§ 2 - Der Antrag für die Förderung eines Pilotprojektes muss zur Bewilligung bei der Fachabteilung eingereicht werden und folgende Angaben enthalten:

1. Identität und Statut des Dienstes;
2. Nachweis des Bedarfs für das Pilotprojekt unter Berücksichtigung der geografischen, demografischen und sozioökonomischen Gegebenheiten;
3. detaillierte Beschreibung des Projektes;
4. Zeitplan für die Durchführung des Projektes;
5. Auswertungskriterien des Projektes;
6. Kostenschätzung und Finanzierungsplan.

Die Regierung entscheidet innerhalb von drei Monaten nach Einreichen des vollständigen Antrags über die Förderung des Pilotprojektes oder über die Ablehnung des Antrags.

KAPITEL VI — *Finanzieller Beitrag der Nutzniesser*

Festlegung und Berechnungsmodalitäten

Art. 17 - Die Berechnungsmodalitäten zur Festlegung des durch den Nutznießer zu entrichtenden Beitrags und die Beitragssätze für die Inanspruchnahme von Hilfeleistungen der anerkannten Dienste der häuslichen Hilfe werden von der Regierung festgelegt. Für die in Artikel 9 Absatz 1 Nummer 1 definierte Familien- und Seniorenhilfe wird die Höhe des zu entrichtenden Beitrags im Verhältnis zum Haushaltseinkommen des Nutznießers festgelegt.

Die Dienstleistungen der Beratungsstelle sind für die Nutznießer und Senioren sowie für Dienstleister kostenlos.

KAPITEL VII — *Beschwerden*

Beschwerdestelle

Art. 18 - Die Regierung bezeichnet eine natürliche oder juristische Person mit der Bearbeitung von Beschwerden über die Dienste oder über die Beratungsstelle, die nicht zwischen dem Dienst oder der Beratungsstelle selbst und dem Nutznießer oder dessen Stellvertreter geklärt werden konnten.

Die Regierung legt die näheren Modalitäten fest.

KAPITEL VIII — *Kontroll- und Strafbestimmungen*

Kontrollbestimmung

Art. 19 - § 1 - Die auf Basis des vorliegenden Dekretes anerkannten Dienste und die Beratungsstelle unterstehen der Aufsicht der von der Regierung bezeichneten Personen.

Die für die Aufsicht bezeichneten Personen dürfen alle Untersuchungen und Kontrollen vornehmen und Auskünfte einholen, die sie für notwendig erachten, um sich zu vergewissern, dass die Bestimmungen vorliegenden Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen eingehalten werden.

Sie können insbesondere:

1. mit vorherigem Einverständnis des betroffenen Dienstes oder der Beratungsstelle in deren Räumlichkeiten alle durch vorliegendes Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen vorgeschriebenen Bücher und Unterlagen einsehen und Abschriften oder Auszüge davon anfertigen. Bei dringendem begründeten Verdacht auf Missachtung der Anerkennungs- und Bezuschussungsbedingungen ist das Einverständnis des betroffenen Dienstes oder der Beratungsstelle zur Durchführung der Kontrolle nicht erforderlich. Räumlichkeiten, die als Wohnung gelten, dürfen ohne Einverständnis des Bewohners nur mit entsprechender Erlaubnis des Untersuchungsrichters durch die in Absatz 1 erwähnten Personen betreten werden;

2. mit vorherigem Einverständnis des Nutznießers Hausbesuche durchführen;

3. in Ausübung ihres Auftrags den Beistand der lokalen oder föderalen Polizei beantragen;

4. die unter Nummer 2 angeführten Untersuchungen und Kontrollen ohne vorherige Anmeldung und ohne Begleitung eines Vertreters des Dienstes oder der Beratungsstelle vornehmen. In diesem Fall wird die Direktion des Dienstes oder der Beratungsstelle unmittelbar anschließend informiert.

§ 2 - Die Dienste und die Beratungsstelle reichen bis spätestens zum 30. April eines jeden Jahres einen Tätigkeitsbericht zu den im Vorjahr durchgeführten Dienstleistungen bei der Fachabteilung ein. Die Regierung legt die Struktur und die genauen Inhalte des einzureichenden Tätigkeitsberichtes fest.

§ 3 - Für die Kontrolle der Verwendung der gewährten Zuschüsse kommen die in Artikel 55 bis 58 der am 17. Juli 1991 koordinierten Gesetze über die Staatsbuchhaltung zur Anwendung.

Versäumnis

Art. 20 - Bei Nichteinhaltung einzelner Bestimmungen des Dekrets und dessen Ausführungsbestimmungen weist die Fachabteilung den Dienst oder die Beratungsstelle auf die Problematik hin und fordert dazu auf, innerhalb einer Frist von 30 Tagen zu den Vorwürfen Stellung zu beziehen und im Bedarfsfall das Versäumnis zu beheben.

Der zuständige Minister wird von der Fachabteilung des Ministeriums über die Nichteinhaltung informiert.

Ist die Stellungnahme des Dienstes oder der Beratungsstelle nicht begründet und wird das Versäumnis nicht behoben, kommen die in Artikel 21 vorgesehenen administrativen Strafen zur Anwendung.

Administrative Strafen

Art. 21 - Die Regierung kann die vorläufige Anerkennung oder die Anerkennung aussetzen oder entziehen, wenn die Vorgaben, die diesen zugrunde lagen, nicht mehr erfüllt werden.

Der Dienst oder die Beratungsstelle haben das Recht, von der Regierung angehört zu werden, bevor sie in Anwendung vorliegenden Artikels eine Entscheidung trifft. Die Regierung legt die diesbezüglichen Modalitäten und Bedingungen fest.

Die Verweigerung, die Aussetzung oder der Entzug der vorläufigen Anerkennung oder der Anerkennung hat mit Zustellung der entsprechenden Entscheidung die sofortige Einstellung der Hilfeleistung oder des Betriebs der Beratungsstelle zur Folge.

Bei Aussetzung der vorläufigen Anerkennung oder Anerkennung kann die Regierung unter von ihr festgelegten Bedingungen dem Dienst oder der Beratungsstelle erlauben, die vor der Aussetzung angenommenen Anfragen fortzuführen.

Strafrechtliche Strafen

Art. 22 - Wird zu einer Geldstrafe von 1.000 EUR bis 10.000 EUR verurteilt, wer:

1. eine Hilfeleistung anbietet oder ein Beratungsangebot zur Verfügung stellt, auf das dieses Dekret und dessen Ausführungsbestimmungen Anwendung finden, ohne über die entsprechende vorläufige Anerkennung oder Anerkennung zu verfügen;

2. rechtswidrig behauptet, dass er über eine in diesem Dekret vorgesehene vorläufige Anerkennung oder Anerkennung verfügt;

3. die Ausübung der im vorliegenden Dekret vorgesehenen Kontrollen bezüglich der Einhaltung der im vorliegenden Dekret festgelegten Anerkennungs- und Bezuschussungsbedingungen verweigert oder behindert unter Berücksichtigung des Rechtes des Betroffenen, sich durch seine Aussagen oder übermittelten Dokumente nicht selbst strafrechtlich zu belasten;

4. die Bezeichnung «Dienst der häuslichen Hilfe» oder «Beratungsstelle für die häusliche, transmurale und stationäre Hilfe» benutzt, ohne über die im vorliegenden Dekret vorgesehene vorläufige Anerkennung oder Anerkennung zu verfügen.

KAPITEL IX — *Schlussbestimmungen*

Übergangsbestimmung

Art. 23 - Dienste der häuslichen Hilfe, die vor Inkrafttreten vorliegenden Dekretes für die Ausübung dieser Leistungen anerkannt sind, gelten in Anwendung vorliegenden Dekretes für eine Übergangsdauer von zwei Jahren ab Inkrafttreten als anerkannt und können innerhalb dieser Frist einen Antrag auf Anerkennung gemäß vorliegendem Dekret einreichen.

Auf die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens vorliegenden Dekretes erbrachten Dienstleistungen findet Artikel 13 § 2 keine Anwendung.

Aufhebende Bestimmung

Art. 24 - Das Dekret vom 26. Juni 1986 zur Regelung der Zulassung der Familien- und Seniorenhilfsdienste, der Bewilligung von Zuschüssen an diese Dienste und des Beitrags des Hilfeleistungsempfängers, abgeändert durch die Dekrete vom 21. Dezember 1987, 1. März 1988, 25. Juni 1991, 23. Oktober 2000, 7. Januar 2002, 18. März 2002 und vom 3. Februar 2003, ist mit Ausnahme der Kapitel III und IV dieses Dekretes aufgehoben. Die Kapitel III und IV dieses Dekretes werden zu einem durch die Regierung festgelegten Zeitpunkt aufgehoben und spätestens am 1. Januar 2010.

Aufhebende Bestimmung

Art. 25 - Der Erlass der Regierung vom 21. April 1999 zur Anerkennung und Bezuschussung der Zentren zur Koordination der häuslichen Versorgung, abgeändert durch die Erlasse vom 22. Juni 2001, vom 22. Oktober 2003 und vom 7. Februar 2008, ist aufgehoben.

Inkrafttreten

Art. 26 - Das Dekret tritt am 1. April 2009 in Kraft.

Eupen, den 16. Februar 2009.

Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Minister für lokale Behörden

K.-H. LAMBERTZ

Vize-Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

B. GENTGES

Minister für Unterricht und wissenschaftliche Forschung

O. PAASCH

Ministerin für Kultur und Medien, Denkmalschutz, Jugend und Sport

Frau I. WEYKMANS

Notes

(1) *Sitzungsperiode 2008-2009:*

Dokumente des Parlamentes: 135 (2007-2008) Nr. 1 Dekretentwurf. — 135 (2008-2009) Nr. 2-6 Abänderungsvorschläge. — 135 (2008-2009) Nr. 7 Bericht.

Ausführlicher Bericht: Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 16. Februar 2009.

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2009 — 1634

[C — 2009/33025]

16 FEVRIER 2009. — Décret concernant les services d'aide à domicile et créant un bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Champ d'application

Article 1^{er}. Le présent décret est applicable aux services d'aide à domicile décrits au chapitre III, ainsi qu'au bureau de consultation décrit au chapitre IV, exception faite des services prestés :

1. dans le cadre de la loi du 20 juillet 2001 visant à favoriser le développement de services et d'emplois de proximité;
2. par les infirmiers indépendants ou les artisans indépendants;
3. par les services de soins médicaux; ou
4. en application de la loi du 3 juillet 2005 relative aux droits des volontaires.

Définitions

Art. 2. Pour l'application du présent décret, l'on entend par :

1. usager : la personne physique qui a besoin d'aide et la sollicite auprès d'un service d'aide à domicile, semi-résidentielle ou résidentielle agréé par le Gouvernement;
2. personnes âgées : usagers d'au moins 60 ans;
3. aide semi-résidentielle et résidentielle : les offres de soins définies à l'article 2 du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques; l'aide semi-résidentielle s'entend comme l'aide de transition fournie entre l'aide à domicile et l'aide résidentielle;
4. soins intégraux : l'accompagnement, l'aide et les soins fournis consciencieusement dans une continuité personnelle maximale et selon les principes d'une prestation de services globale;
5. prestataire : la personne physique ou morale qui exerce une profession à titre principal ou est active comme volontaire dans le secteur de l'aide à domicile, semi-résidentielle ou résidentielle, y compris les services et groupes de professions visés à l'article 1;
6. représentant :
 - le représentant légal ou judiciaire de l'usager;
 - le mandataire désigné par l'usager par acte notarié, à exception des personnes occupées par le service auquel l'usager recourt;
7. division : la division du Ministère de la Communauté germanophone compétente en matière de Famille et de Personnes âgées;
8. gouvernement : le gouvernement de la Communauté germanophone;
9. services intégrés de soins à domicile : les services définis dans l'arrêté royal du 8 juillet 2002 fixant les normes pour l'agrément spécial des services intégrés de soins à domicile;
10. services : les services de soins à domicile, définis au Chapitre III;
11. Bureau de consultation : le bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle défini au Chapitre IV.

CHAPITRE II. — *Agrément provisoire et agrément*

Agrément obligatoire

Art. 3. Toute personne morale qui propose un service, ainsi que la personne morale qui exploite le bureau de consultation ne peut le faire qu'après l'entrée en vigueur d'un agrément, respectivement d'un agrément provisoire, délivré dans le cadre du présent décret.

Agrément provisoire

Art. 4. Avant la demande d'agrément, toute personne morale visée à l'article 3 et proposant pour la première fois ses services, introduit une demande d'agrément provisoire auprès de la division.

Sur avis de la division, le Gouvernement accorde un agrément provisoire s'il est satisfait aux conditions fixées dans le présent décret et dans les dispositions portant exécution de celui-ci. Lors de l'agrément provisoire, le Gouvernement peut, dans des cas particulièrement motivés, déroger pour une durée déterminée aux conditions qu'il a fixées.

L'agrément provisoire vaut pour une durée de six mois et peut, dans des cas d'exception particulièrement motivés, être prolongé pour six mois au plus.

Agrément

Art. 5. § 1^{er}. Avant l'expiration de l'agrément provisoire, la personne morale visée à l'article 3 introduit une demande d'agrément auprès de la division. L'agrément accordé par le Gouvernement ne prend effet qu'après expiration de l'agrément provisoire.

§ 2. Sur avis de la division, le Gouvernement accorde un agrément lorsqu'il est satisfait aux conditions fixées dans le présent décret et dans les dispositions portant exécution de celui-ci. Lors de l'agrément, le Gouvernement peut, dans des cas particulièrement motivés, déroger pour une durée déterminée aux conditions qu'il a fixées.

Conditions générales

Art. 6. Sans préjudice d'autres dispositions légales contrares contraignantes, le Gouvernement fixe les conditions et la procédure pour l'octroi, le refus, la suspension et le retrait de l'agrément provisoire et de l'agrément ainsi que pour la prolongation de l'agrément.

Les conditions d'agrément et d'agrément provisoire fixées par le Gouvernement ont en particulier trait à :

1. la forme juridique du pouvoir organisateur du service ou du bureau de consultation;
2. le respect des droits personnels de l'utilisateur, en tenant compte de ses convictions idéologiques, philosophiques et religieuses;
3. le respect de la vie privée et de la dignité de l'utilisateur;
4. le respect de l'indépendance et de la liberté de choix de l'utilisateur;
5. le droit de l'implication de l'utilisateur, respectivement de son représentant, en particulier sa participation à l'exécution de l'aide à domicile;
6. le respect des droits et devoirs de l'utilisateur ou de son représentant, sans préjudice d'autres dispositions contrares contraignantes;
7. la convention conclue entre le service et l'utilisateur sous forme d'un contrat de soins;
8. le concept d'aide, de conseil et de guidance;
9. les heures d'ouverture, les permanences et l'accès des citoyens aux services;
10. le respect des normes en matière de personnel et de qualification minimale du personnel;
11. la gestion des plaintes;
12. les mesures en vue de garantir la qualité;
13. le concept des soins intégraux;
14. la comptabilité.

Dispositions relatives au personnel

Art. 7. Les conditions suivantes doivent être réunies pour l'obtention de l'agrément provisoire et de l'agrément :

§ 1^{er}. pour le service :

1. respecter l'effectif minimal fixé par le Gouvernement en tenant compte du contingent d'heures approuvé et tenir compte des missions fixées par le gouvernement pour le personnel à engager dans le cadre de l'effectif minimal;
2. faire fournir l'aide définie à l'article 9, paragraphe 1, 1^o, par des personnes qui sont au moins titulaires d'un diplôme d'aide familiale et d'aide aux personnes âgées ou d'un diplôme correspondant de niveau plus élevé. Elles seront soutenues et conseillées dans leur travail par du personnel titulaire d'un graduat, respectivement d'un baccalauréat en soins infirmiers ou en sciences sociales. Sans préjudice d'autres dispositions légales contrares contraignantes le personnel ne doit pas produire de qualification spécifique pour les aides définies à l'article 9, paragraphe 1, 2^o et 3^o. Ces collaborateurs sont également soutenus et encadrés par le service;
3. charger de la direction une personne titulaire au moins d'un baccalauréat et qui dispose d'une expérience dans le domaine de l'informatique, des finances et de la direction du personnel jugée suffisante par la division;
4. disposer d'une équipe administrative qui épaulé le service;
5. garantir que toutes les personnes actives pour le service - exception faite de celles citées à l'article 9, paragraphe 1, 3^o - disposent d'une connaissance adéquate de l'allemand;
6. garantir une formation continue de son personnel dans les domaines pertinents pour l'activité concernée.

Sur demande et dans des cas individuels, le Gouvernement peut, par dérogation au paragraphe 1, 2^o et 3^o, admettre des personnes titulaires d'autres qualifications pour autant qu'elles disposent d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation spécifique pour la fonction concernée ou s'il est prouvé qu'il y a un manque de personnel disposant des qualifications requises.

§ 2. pour le Bureau de consultation :

1. respecter l'effectif minimal fixé par le Gouvernement et garantir l'exécution des missions fixées par le Gouvernement pour le personnel devant être engagé dans le cadre de cet effectif minimal;
2. charger de la direction un gérant titulaire d'un diplôme de licence ou d'un master en gérontologie, en sciences sociales, soins infirmiers ou économiques ou d'un diplôme correspondant de niveau plus élevé et qui dispose, en outre, d'une expérience dans le domaine de l'informatique, des finances et de la direction du personnel jugée suffisante par la division;
3. disposer d'une équipe multidisciplinaire comptant au moins un infirmier, un paramédical et un assistant social;
4. disposer de personnel administratif titulaire d'un diplôme de l'enseignement secondaire supérieur;
5. prouver dans le cadre des critères définis par le Gouvernement que le personnel visé au paragraphe 2, 1^o à 4^o, dispose d'une connaissance adéquate de l'allemand;
6. garantir une formation continue de son personnel dans les domaines pertinents pour l'activité concernée;

Sur demande et dans des cas individuels, le Gouvernement peut, par dérogation au paragraphe 1, 2^o, 3^o et 4^o, admettre des personnes titulaires d'autres qualifications pour autant qu'elles disposent d'une expérience professionnelle utile exceptionnelle ou d'une formation spécifique pour la fonction concernée ou s'il est prouvé qu'il y a un manque de personnel disposant des qualifications requises.

Le personnel visé au paragraphe 1, 2^o, 3^o et 4^o, ne peut pas déjà exercer une fonction dans le domaine semi-résidentiel ou résidentiel ni dans un service d'aide à domicile.

CHAPITRE III. — *Services d'aide à domicile*

Définition

Art. 8. Les services d'aide à domicile sont des services agréés par le Gouvernement et qui fournissent l'aide nécessaire au domicile de l'utilisateur, lui permettant ainsi de rester aussi longtemps que possible dans son environnement habituel, et dont l'activité s'étend à plusieurs communes de la communauté germanophone.

Missions

Art. 9. Les services d'aide à domicile couvrent, suivant les besoins de l'utilisateur, un ou plusieurs des domaines essentiels suivants :

1. l'aide aux familles et aux personnes âgées : l'aide, l'encadrement et les soins à l'utilisateur en lien direct avec ses besoins physiques et psychiques. Y compris le service de garde malade. Ces interventions servent à lui permettre de développer sa compétence à se prendre en charge lui-même.

2. l'aide ménagère : aide matérielle pour la vie de tous les jours, aide pour les tâches ménagères et l'organisation du ménage de l'utilisateur, dont entre autres le nettoyage de l'habitation, la lessive et le repassage, la préparation de repas et les courses;

3. les travaux manuels : aide à l'entretien et la remise en état des locaux habités par l'utilisateur et de son environnement immédiat, dont entre autres : les travaux de réparation, de rénovation et de jardinage, travaux d'hiver et déménagements.

Le Gouvernement détermine des critères d'intervention pour les offres d'aide décrites au paragraphe 1^{er}, 1^o et 2^o, qui permettent de délimiter le type et l'intensité de l'aide requise.

En ce qui concerne les domaines essentiels visés au paragraphe 1^{er}, 2^o et 3^o, les services d'aide à domicile peuvent couvrir des parties de ces missions.

Les offres d'aide décrites au paragraphe 1^{er}, 1^o et 2^o, doivent être fournies selon le principe des soins intégraux.

Subventionnement

Art. 10. § 1^{er}. Le Gouvernement détermine, dans les limites des crédits budgétaires disponibles, le montant du subside, les conditions de subventionnement et les modalités selon lesquelles les services d'aide à domicile remplissent leur mission.

§ 2. Pour déterminer le subside, le Gouvernement octroie annuellement aux services agréés un contingent d'heures de prestations, de coordination et de formation continuée.

Le contingent d'heures annuel approuvé peut, au cours de l'année en question, être modifié par le Gouvernement pour répondre aux besoins.

§ 3. Le subside est calculé sur la base du forfait horaire déterminé par le Gouvernement. La détermination du subside tient compte des coûts du personnel et de fonctionnement acceptables estimés ainsi que des recettes estimées du service.

CHAPITRE IV. — *Bureau de consultation*

Définition

Art. 11. Le bureau de consultation est une personne morale agréée par le Gouvernement qui fournit à l'utilisateur des informations, des conseils, une programmation de l'aide, une guidance et une coordination en matière d'aide à domicile, semi-résidentielle ou résidentielle et qui l'informe sur tous les prestataires dans le secteur social et sanitaire actifs dans la région de langue allemande.

Le bureau de consultation intervient, en outre, lors de demandes individuelles d'information et d'aide dans le chef d'un usager ou de son représentant ainsi qu'à la demande d'un prestataire.

En Communauté germanophone, il est agréé tout au plus un bureau de consultation, compétent pour l'ensemble de la population de la région de langue allemande. Le bureau de consultation ne peut pas être en même temps prestataire.

Le bureau de consultation doit disposer d'un bureau dans le nord et dans le sud de la Communauté germanophone.

Missions générales du bureau de consultation

Art. 12. Les missions du bureau de consultation consistent notamment à :

1. informer publiquement la population des offres existant en matière d'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle;

2. observer l'évolution des besoins dans le domaine de l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle; proposer si nécessaire au Gouvernement des adaptations de l'offre et des conditions-cadres nécessaires;

3. garantir l'échange d'information et la création de réseaux entre les services d'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle;

4. élaborer des propositions à l'intention des institutions de formation continue et permanente agréées en Communauté germanophone quant aux contenus des formations et ce tant pour les personnes qui exercent une profession à titre principal que pour celles qui sont actives comme volontaires ou qui interviennent comme parents prodiguant des soins;

5. informer, aux conditions fixées par le Gouvernement, sur l'aide en cas de violence à l'encontre de personnes âgées.

Le Bureau de consultation peut faire appel à des personnes qualifiées externes travaillant sous contrat de cachettiste pour le traitement de plaintes, la gestion du thème de la violence à l'encontre des personnes âgées et pour la supervision des collaborateurs du Bureau de consultation.

Missions du service de consultation en faveur des personnes âgées

Art. 13. § 1^{er}. Dans le cadre des conditions et modalités fixées par le Gouvernement, les missions du bureau de consultation en faveur des personnes âgées consistent notamment à :

1. informer personnellement la personne âgée, respectivement son représentant, des offres existant en Communauté germanophone en matière d'aide à domicile, semi-résidentielle, résidentielle ou autre;

2. analyser en collaboration avec la personne âgée, respectivement avec son représentant, les besoins individuels de la personne âgée. Lors de cette analyse des besoins, le bureau de consultation tient compte des souhaits et des besoins de la personne âgée ainsi que de son libre choix des prestataires. Si la personne âgée, respectivement son représentant, le souhaite, d'autres personnes peuvent participer à l'analyse des besoins. L'analyse des besoins couvre la détermination de l'aide infirmière, sociale et ménagère nécessaire, des dispositifs auxiliaires et de l'adaptation du logement ainsi que tous les autres besoins de la personne âgée.

Le Gouvernement détermine les outils d'évaluation utilisés pour estimer les besoins en aide aux familles et aux personnes âgées ainsi qu'en aide ménagère. L'analyse des besoins se fait en règle générale au domicile de l'utilisateur;

3. élaborer un plan d'aide individuel respectant son mode de vie en concertation avec la personne âgée, respectivement son représentant. Ce plan d'aide reprend les prestations d'aide recommandées suite à l'analyse des besoins, en tenant compte de tous les prestataires intervenant. Le plan d'aide est établi de concert avec les prestataires, en tenant compte de leurs réserves de capacité disponibles. Le plan d'aide sert de recommandation pour les prestations demandées par la personne âgée, respectivement par son représentant.

Si la personne âgée, respectivement son représentant, est d'accord avec le plan d'aide élaboré, le bureau de consultation prend contact avec tous les prestataires concernés afin de mettre en œuvre le plan d'aide élaboré;

4. accorder, si nécessaire, un soutien lors de l'acquisition des dispositifs auxiliaires nécessaires et orienter vers les services et institutions concernés. Dans le cadre de sa fonction consultative, le bureau de consultation fait appel aux services et institutions compétents, surtout dans le cas d'adaptation d'un logement.

Si nécessaire, des alternatives à sa situation actuelle en matière de logement sont proposées à la personne âgée, respectivement son représentant;

5. calculer la participation personnelle aux frais engendrés par les prestations reprises dans le plan d'aide conformément à l'article 17 et informer la personne âgée quant à d'éventuelles aides financières;

6. évaluer régulièrement le plan d'aide après que l'utilisateur ait fait appel aux prestations recommandées.

Afin de vérifier si l'aide est toujours appropriée, le plan d'aide est examiné au moins tous les six mois avec la personne âgée, respectivement son représentant, et les prestataires de services concernés. Ceux-ci sont également informés de tout changement concernant la situation de guidance ou de soins;

7. le collaborateur du bureau de consultation continue à encadrer du point de vue personnel et technique la personne âgée durant toute la période où celle-ci fait appel à l'aide et coordonne l'offre de services en fonction de ses besoins en tenant compte du mode de vie individuel de l'utilisateur.

La responsabilité de l'organisation de la vie quotidienne de l'utilisateur peut lui être confiée, en collaboration étroite avec le prestataire. Cette possibilité concerne surtout les situations d'aide précaires et à risque exigeant une intervention rapide;

8. conseiller sur le plan de l'aide en cas de violence à l'encontre de personnes âgées.

§ 2. Les personnes âgées qui souhaitent faire appel à l'aide mentionnée à l'article 9, paragraphe 1^{er}, 1^o, ainsi qu'à l'aide résidentielle de maisons de repos ou de maisons de repos et de soins, demandent l'intervention du bureau de consultation afin de procéder à l'analyse des besoins et l'établissement du plan d'aide visés au paragraphe 1, 2^o et 3^o.

S'il n'existe pas de plan d'aide, les services d'aide à domicile, les maisons de repos et les maisons de repos et de soins font établir ce plan par le bureau de consultation avant de procéder à leur intervention.

Si la personne âgée décide de ne pas suivre le plan d'aide établi ou lorsque l'on s'écarte du plan d'aide proposé, le service, la maison de repos ou la maison de repos et de soins doit signifier un rapport motivé au bureau de consultation. Le Gouvernement fixe les critères appliqués à cette fin. Ces rapports sont archivés auprès du bureau de consultation.

S'il est nécessaire d'adapter le plan d'aide en cours d'exécution, le service, la maison de repos ou la maison de repos et de soins demande une révision du plan d'aide existant auprès du bureau de consultation.

La consultation par le bureau de consultation en vertu de l'alinéa 1^{er} n'est pas nécessaire lorsque l'intervention dure moins d'un mois ou si la personne âgée reçoit des soins palliatifs. Si une aide urgente est accordée dont la durée présumée est supérieure à un mois, les besoins en prestations de service sont examinés par le bureau de consultation dans le mois suivant l'octroi de l'aide. Le service informe immédiatement le bureau de consultation qu'un traitement urgent a été sollicité.

§ 3. Conformément aux modalités fixées par le Gouvernement, le bureau de consultation conclut une convention avec chaque service d'aide à domicile, les maisons de repos et les maisons de repos et de soins en Communauté germanophone. Cette convention fixe les modalités de coopération dans le respect des missions du bureau de consultation déterminées dans le présent article.

Subventionnement

Art. 14. Le Gouvernement détermine, dans les limites des crédits budgétaires disponibles, les conditions de subventionnement et les modalités selon lesquelles le bureau de consultation remplit sa mission. En déterminant le subside, le Gouvernement tient compte des critères suivants :

1. le nombre potentiel de personnes qui peuvent faire appel aux prestations du bureau de consultation en Communauté germanophone;

2. le nombre de personnes âgées en Communauté germanophone;

3. le nombre de services et d'institutions qui proposent une aide à domicile, semi-résidentielle ou résidentielle.

Conditions de structure

Art. 15. § 1^{er}. Pour être agréé, le bureau de consultation doit avoir le statut d'une association sans but lucratif et doit compter parmi ses membres au moins les organisations et personnes suivantes actives dans la région de langue allemande :

1. chaque maison de repos et de soins;
2. chaque service d'aide à domicile, chaque service disposant de deux délégués dans l'Assemblée générale;
3. chaque centre public d'aide social;
4. chaque caisse d'assurance-maladie;
5. chaque circonscription médicale;
6. chaque service intégré de soins à domicile;
7. deux infirmiers indépendants;
8. les services de soins médicaux à domicile, qui disposent ensemble de deux délégués dans l'Assemblée générale;
9. chaque hôpital;
10. chaque organisation d'aide à domicile qui fait appel principalement à des volontaires;
11. deux personnes âgées qui habitent dans la région de langue allemande.

Outre les organisations et personnes visées à l'alinéa 1^{er}, l'Intercommunales d'œuvres médico-sociales Moresnet (A.I.O.M.S.) doit être membre de l'association.

Les tâches de l'assemblée générale, du Conseil d'administration et de la Direction sont définies dans les statuts de l'association. Les membres du Conseil d'administration sont élus par l'assemblée générale.

§ 2. Pour être agréées, les organisations ou personnes suivantes doivent être représentées au sein du conseil d'administration de l'association :

1. un représentant pour chaque service d'aide à domicile actif dans le domaine de l'aide aux familles et de l'aide aux personnes âgées, avec un représentant, exception faite de la V.o.G. Familienhilfe, qui détache deux représentants;
2. un représentant pour chaque service d'aide à domicile actif dans le domaine de l'aide ménagère et des travaux manuels;
3. les maisons de repos et de soins, qui ensemble délèguent trois représentants;
4. les organisations d'aide à domicile qui font principalement appel à des volontaires, qui ensemble délèguent un représentant;
5. les services de soins médicaux à domicile, qui ensemble délèguent un représentant;
6. les centres publics d'aide sociale, qui ensemble délèguent un représentant;
7. un représentant pour chaque caisse d'assurance maladie;
8. un représentant pour chaque circonscription médicale;
9. un infirmier indépendant;
10. une personne âgée.

§ 3. Un représentant de la division participe avec voix consultative aux séances des organes décisionnels de l'association.

§ 4. Le Conseil d'administration délègue la gestion journalière au gérant visé à l'article 7, paragraphe 2, 2^o.

CHAPITRE IV. — *Projets-pilotes*

Aides

Art. 16. § 1^{er}. Dans le cadre d'une convention conclue avec un pouvoir organisateur, le Gouvernement peut soutenir un projet-pilote dans les conditions déterminées dans la convention et pour une durée limitée de maximum trois ans.

Ces projets-pilotes doivent porter sur des offres innovatrices en matière d'aide à domicile.

Le pouvoir organisateur introduit une évaluation auprès de la division trois mois avant la fin de la convention. Le Gouvernement décide sur base de cette évaluation et de l'avis de la division et après audition du pouvoir organisateur si l'aide au projet est prolongée ou non.

§ 2. La demande d'aide pour un projet-pilote doit être introduite auprès de la division et doit mentionner les données suivantes :

1. l'identité et le statut du service;
2. la preuve qu'un besoin existe pour le projet-pilote, compte tenu des données géographiques, démographiques et socio-économiques;
3. une description détaillée du projet;
4. le calendrier pour la réalisation du projet;
5. les critères d'évaluation du projet;
6. une estimation du coût et le plan de financement.

Le Gouvernement décide endéans les trois mois après l'introduction de la demande complète de l'octroi de l'aide au projet-pilote ou du refus de la demande.

CHAPITRE VI. — *Participation financière de l'utilisateur*

Fixation et modalités de calcul

Art. 17. Le Gouvernement détermine les modalités de calcul pour déterminer la participation à payer par l'utilisateur ainsi que les taux de cotisation pour l'utilisation de prestations des services d'aide à domicile agréés. Pour l'aide aux familles et aux personnes âgées visée à l'article 9, paragraphe 1^{er}, 1^o, le montant de la participation personnelle est arrêté proportionnellement au revenu de ménage de l'utilisateur.

Les prestations du bureau de consultation sont gratuites pour les usagers et les personnes âgées comme pour les prestataires.

CHAPITRE VII. — *Plaintes*

Service des plaintes

Art. 18. Le Gouvernement désigne une personne physique ou morale pour recevoir et traiter les plaintes relatives aux services ou au bureau de consultation qui ne peuvent être résolues entre le service ou le bureau de consultation lui-même et l'utilisateur ou son représentant.

Le Gouvernement détermine les modalités pratiques.

CHAPITRE VIII. — *Contrôles et sanctions*

Dispositions en matière de contrôle

Art. 19. § 1^{er}. Les services et le bureau de consultation agréés en vertu du présent décret sont placés sous le contrôle des personnes désignées par le Gouvernement.

Les personnes désignées pour le contrôle peuvent mener toutes les investigations, procéder à tous les contrôles et recueillir toutes les informations qu'elles jugent nécessaires pour s'assurer que les dispositions du présent décret et les dispositions portant exécution de celui-ci seront respectées.

Elles peuvent notamment :

1. avec l'accord préalable du service concerné ou du bureau de consultation consulter dans les locaux de celui-ci tous les livres et documents prescrits par le présent décret et les dispositions portant exécution de celui-ci et en prendre des copies ou des extraits. En cas de présomption grave motivée de non-respect des conditions d'agrément ou de subventionnement, l'accord du service concerné, respectivement du bureau de consultation, n'est pas nécessaire pour effectuer les contrôles. Sans consentement de l'habitant, les personnes visées au paragraphe 1^{er} n'ont accès à des locaux considérés comme habitation que moyennant une autorisation appropriée délivrée par un juge d'instruction.

2. procéder à des visites à domicile moyennant l'accord préalable de l'utilisateur;

3. solliciter l'aide de la police locale ou fédérale en vue d'exercer leur mission;

4. procéder aux investigations et contrôles visés au 2^o sans avertissement préalable et sans être accompagnées d'un représentant du service ou du bureau de consultation. Dans ce cas, la direction du service ou du bureau de consultation est informée immédiatement après.

§ 2. Au plus tard le 30 avril de chaque année, les services et le bureau de consultation introduisent auprès de la division un rapport d'activité relatif aux prestations effectuées au cours de l'année précédente. Le Gouvernement détermine la structure et le contenu précis du rapport d'activité à introduire.

§ 3. La vérification de l'utilisation des subventions octroyées se fera en application des articles 55 à 58 des lois coordonnées du 17 juillet 1991 sur la comptabilité de l'Etat.

Non-respect

Art. 20. En cas de non-respect de dispositions du décret et des dispositions portant exécution de celui-ci, la division informe le service ou le bureau de consultation de la problématique et l'invite à prendre position endéans les 30 jours quant aux faits qui lui sont reprochés et, si nécessaire, à se mettre en règle.

La division du ministère informe le ministre compétent du non-respect.

Si la prise de position du service ou du bureau de consultation n'est pas motivée et s'il ne se met pas en règle, les sanctions administratives visées à l'article 21 entrent en vigueur.

Sanctions administratives

Art. 21. Le Gouvernement peut suspendre ou annuler l'agrément provisoire ou l'agrément lorsque les conditions mises à l'agrément ne sont plus remplies.

Le service ou le bureau de consultation a le droit d'être entendu par le Gouvernement avant que celui-ci ne prenne une décision en application du présent article. Le Gouvernement détermine les modalités et les conditions de cette audition.

Le refus, la suspension ou le retrait de l'agrément provisoire ou de l'agrément implique la suspension immédiate de l'aide ou du fonctionnement du bureau de consultation dès la notification de la décision y afférente.

En cas de suspension de l'agrément provisoire ou de l'agrément, le Gouvernement peut autoriser le service ou le bureau de consultation à continuer les interventions acceptées avant la suspension en imposant des conditions qu'il détermine.

Sanctions pénales

Art. 22. Est passible d'une amende de 1.000 à 10.000 EUR celui qui :

1. offre une aide ou met à disposition une offre de consultation soumise au présent décret ou aux dispositions portant exécution de celui-ci sans disposer de l'agrément provisoire ou de l'agrément nécessaire;

2. affirme de façon illicite disposer d'un agrément provisoire ou d'un agrément prévu par le présent décret;

3. refuse ou empêche les contrôles prévus par le présent décret quant au respect des conditions d'agrément et de subventionnement déterminées dans le présent décret, sans préjudice du droit de l'intéressé de ne pas faire de déclaration ni de fournir des documents pouvant se retourner contre lui dans une procédure pénale;

4. utilise la désignation « service d'aide à domicile » ou « Bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle » sans disposer de l'agrément provisoire ou de l'agrément prévu par le présent décret.

CHAPITRE IX. — *Dispositions finales*

Disposition transitoire

Art. 23. Les services d'aide à domicile agréés pour l'exercice de ces prestations avant l'entrée en vigueur du présent décret sont réputés être agréés en application du présent décret pour une période transitoire de deux ans à partir de l'entrée en vigueur et peuvent introduire durant cette période une demande d'agrément conformément au présent décret.

L'article 13, paragraphe 2, ne s'applique pas aux prestations fournies au moment de l'entrée en vigueur du présent décret.

Disposition abrogatoire

Art. 24. Exception faite de ses Chapitres III et IV, le décret du 26 juin 1986 réglant l'agrément des services d'aide aux familles et aux personnes âgées, l'octroi de subventions à ces services et la contribution du bénéficiaire de l'aide, modifié par les décrets des 21 décembre 1987, du 1^{er} mars 1988, du 25 juin 1991, du 23 octobre 2000, du 7 janvier 2002, du 18 mars 2002 et du 3 février 2003 est abrogé. Les Chapitres III et IV du décret concerné seront abrogés à un moment déterminé par le Gouvernement mais au plus tard au 1^{er} janvier 2010.

Disposition abrogatoire

Art. 25. L'arrêté du Gouvernement du 21 avril 1999 portant agrément et subventionnement des centres de coordination des soins à domicile, modifié par les arrêtés des 22 juin 2001, du 22 octobre 2003 et du 7 février 2008, est abrogé.

Entrée en vigueur

Art. 26. Le décret entre en vigueur au 1^{er} avril 2009.

Eupen, le 16 février 2009.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone, Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES

Le Ministre de l'Enseignement et de la Recherche scientifique,
O. PAASCH

Le Ministre de la Culture, des Médias, des Monuments et Sites, de la Jeunesse et du Sport,
Mme I. WEYKMANS

Notes

(1) *Session 2008-2009.*

Documents du Parlement : 135 (2007-2008) N° 1 Projet de décret. — 135 (2008-2009) N° 2-6 Amendements proposés. — 135 (2008-2009) N° 7 Rapport.

Compte rendu intégral : Discussion et vote - Session du 16 février 2009.

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2009 — 1634

[C - 2009/33025]

16 FEBRUARI 2009. — Decreet betreffende de thuishulpdiensten en houdende oprichting van een consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft het volgende goedgekeurd en Wij, Regering, bekrachtigen het :

HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*
Toepassingsgebied

Artikel 1. Voorliggend decreet is van toepassing op de thuishulpdiensten die omschreven zijn in hoofdstuk III, en op het consultatiebureau dat omschreven is in hoofdstuk IV, met uitzondering van dienstprestaties die geleverd worden :

1. in het kader van de wet van 20 juli 2001 tot bevordering van buurtdiensten en -banen;
2. door zelfstandige verplegers of ambachtslui;
3. door diensten voor geneeskundige verzorging of
4. in het kader van de wet van 3 juli 2005 betreffende de rechten van vrijwilligers.

Definities

Art. 2. Voor de toepassing van voorliggend decreet dient te worden verstaan onder :

1. gebruiker : de natuurlijke persoon die een hulp nodig heeft en erop een beroep doet bij een door de Regering erkende dienst voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp;
2. bejaarden : gebruikers die ten minste 60 jaar oud zijn;
3. transmurale en stationaire hulp : de zorgaanbiedingen gedefinieerd in artikel 2 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingshuizen, waarbij onder transmurale hulp de hulp wordt bedoeld die geboden wordt ter overbrugging van de periode tussen de thuisverzorging en de stationaire hulp;

4. contactverzorging : de begeleiding, hulp en verzorging die op betrouwbare wijze en zoveel mogelijk door dezelfde persoon worden verstrekt;

5. dienstverlener : de natuurlijke persoon of rechtspersoon die als hoofdberoep of als vrijwilliger actief is in de thuishulp, de transmurale hulp en de stationaire hulp, met inbegrip van de in artikel 1 bedoelde diensten en beroepsgroepen;

6. vertegenwoordiger :

— de wettelijke of door de rechter aangewezen vertegenwoordiger van de gebruiker;

— de door de gebruiker bij notariële akte aangewezen gevolmachtigde met uitzondering van de personen die werkzaam in de dienst waarop de gebruiker een beroep doet;

7. afdeling : de afdeling van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap die bevoegd is voor Gezin en Bejaarden;

8. Regering : de Regering van de Duitstalige Gemeenschap;

9. geïntegreerde diensten voor thuisverzorging : de diensten die zijn gedefinieerd in het koninklijk besluit van 8 juli 2002 tot vaststelling van de normen voor de bijzondere erkenning van geïntegreerde diensten voor thuisverzorging;

10. diensten : de diensten voor thuishulp zoals ze in hoofdstuk III worden gedefinieerd;

11. consultatiebureau : het consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp, zoals het in hoofdstuk IV wordt gedefinieerd.

HOOFDSTUK II. — *Voorlopige erkenning en erkenning*

Verplichte erkenning

Art. 3. Elke rechtspersoon die een dienst aanbiedt, en elke rechtspersoon die een consultatiebureau uitbaat, mag dit slechts na inwerkingtreding van een in het kader van dit decreet verleende erkenning resp. voorlopige erkenning.

Art. 4. Voorlopige erkenning

Vóór de aanvraag om erkenning dient elke persoon bedoeld in artikel 3 die haar dienstprestaties voor de eerste keer aanbiedt, een aanvraag om voorlopige erkenning in bij de afdeling.

Op basis van een advies van de afdeling kent de Regering een voorlopige erkenning toe, als er voldaan wordt aan de voorwaarden die in voorliggend decreet en in de bepalingen ter uitvoering ervan zijn vastgelegd. In bijzonder gerechtvaardigde gevallen kan de Regering bij de voorlopige erkenning voor een bepaalde duur afwijken van de door haar vastgelegde voorwaarden.

De voorlopige erkenning geldt voor een periode van zes maand en kan in bijzonder gerechtvaardigde gevallen verlengd worden voor een periode van hoogstens zes maand.

Erkenning

Art. 5. § 1. Vóór het verstrijken van de voorlopige erkenning dient de in artikel 3 bedoelde rechtspersoon bij de afdeling een aanvraag om erkenning in. De door de Regering toegekende erkenning wordt pas van kracht na het verstrijken van de voorlopige erkenning.

§ 2. Op basis van een advies van de afdeling kent de Regering een erkenning toe, als er voldaan wordt aan de voorwaarden die in voorliggend decreet en in de bepalingen ter uitvoering ervan zijn vastgelegd. In bijzonder gerechtvaardigde gevallen kan de Regering bij de erkenning voor een bepaalde duur afwijken van de door haar vastgelegde voorwaarden.

Algemene voorwaarden

Art. 6. Onverminderd andersluidende dwingende wettelijke bepalingen legt de Regering de voorwaarden en de procedure vast voor de toekenning, de weigering, de schorsing en de intrekking van de voorlopige erkenning en van de erkenning alsmede voor de verlenging van de voorlopige erkenning.

De door de Regering vastgelegde voorwaarden voor de voorlopige erkenning en de erkenning hebben onder andere betrekking op :

1. de juridische vorm van de inrichtende macht van de dienst of van het consultatiebureau;
2. de eerbiediging van de persoonlijke rechten van de gebruiker, rekening houdend met zijn ideologische, filosofische en religieuze overtuiging;
3. de eerbiediging van het privé-leven en van de waardigheid van de gebruiker;
18. de inachtneming van de onafhankelijkheid en van de keuzevrijheid van de gebruiker;
4. het recht op betrokkenheid van de gebruiker resp. van zijn vertegenwoordiger, met name zijn deelname aan de uitvoering van de hulp thuis;
5. de naleving van de rechten en plichten van de gebruiker resp. van zijn vertegenwoordiger onverminderd andersluidende dwingende bepalingen;
6. de overeenkomst die dienst en de gebruiker hebben gesloten, nl. de begeleidingsovereenkomst;
7. het concept inzake hulpverlening, adviesverstrekking en begeleiding;
23. de openingsuren, de wachtdiensten en de toegankelijkheid van de diensten voor de burgers;
8. de naleving van de minimumnormen inzake personeel;
9. het klachtenbeheer;
10. de maatregelen met het oog op de kwaliteitsborging;
11. het concept inzake contactverzorging;
12. de boekhouding.

Bepalingen inzake personeel

Art. 7. Met het oog op de voorlopige erkenning en de erkenning moeten volgende voorwaarden in verband met personeel vervuld zijn :

§ 1. voor de dienst :

1. rekening houdend met het goedgekeurde urencontingent de door de Regering vastgelegde minimale personeelsformatie naleven en de opdrachten in acht nemen die door de Regering worden vastgelegd voor het personeel dat in het kader van deze minimale personeelsformatie in dienst moet worden genomen;

2. de in artikel 9, lid 1, 1°, omschreven hulp laten verlenen door personen die houder zijn van een diploma van gezins- en bejaardenhulp of van een desbetreffend hoger diploma. Zij worden in hun werk ondersteund en geadviseerd door personeel dat over een bachelordiploma verpleegkunde of sociale wetenschappen beschikt. Onverminderd andere dwingende wettelijke bepalingen hoeft het personeel voor de in artikel 9, lid 1, 2° en 3°, omschreven hulp geen bijzondere kwalificatie te bewijzen. Deze medewerkers worden eveneens door de dienst ondersteund en geadviseerd;

3. een persoon met de leiding belasten die ten minste houder is van een bachelordiploma en over een ervaring in informatica, financiën en personeelsbeheer beschikt die door de afdeling als toereikend wordt beschouwd;

4. over een administratieve staf beschikken die de directie van de dienst ondersteunt;

5. ervoor zorgen dat alle personen die voor de dienst actief zijn, met uitzondering van de personen die in artikel 9, lid 1, 3°, genoemd worden, een dienovereenkomstige kennis van het Duits hebben;

6. een voortgezette opleiding van het personeel garanderen in de domeinen die relevant zijn voor de betrokken activiteit.

In afwijking van lid 1, 2° en 3°, kan de Regering op verzoek en in individuele gevallen houders van andere diploma's toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige ervaring of een bijzondere opleiding kunnen bewijzen of als er een bewezen gebrek aan personeel is voor de vereiste kwalificatie.

§ 2. voor het consultatiebureau :

1. de door de Regering vastgelegde minimale personeelsformatie naleven en de opdrachten in acht nemen die door de Regering worden vastgelegd voor het personeel dat in het kader van de minimale personeelsformatie in dienst moet worden genomen;

2. een zaakvoerder met de leiding belasten die houder van een titel van licentiaat of master in de gerontologie, de sociale wetenschappen, de verplegingswetenschappen of de economische wetenschappen of van een desbetreffend hoger diploma en die over een ervaring in informatica, financiën en personeelsbeheer beschikt die door de afdeling als toereikend wordt beschouwd;

3. over een multidisciplinair team met ten minste een verpleger, een paramedicus en een maatschappelijk werker beschikken;

4. over administratief personeel beschikken dat houder van een getuigschrift van hoger secundair onderwijs is;

5. met inachtneming van de door de Regering vastgelegde voorwaarden bewijzen dat het personeel dat in de punten 1° - 4° bedoeld wordt, een dienovereenkomstige kennis van het Duits heeft;

6. een voortgezette opleiding van het personeel garanderen in de domeinen die relevant zijn voor de betrokken activiteit.

In afwijking van lid 1, 2°, 3° en 4°, kan de Regering op verzoek en in individuele gevallen houders van andere diploma's toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige ervaring of een bijzondere opleiding kunnen bewijzen of als er een bewezen gebrek aan personeel is voor de vereiste kwalificatie.

Het personeel dat in lid 1 onder 2°, 3° en 4°, vermeld is, mag geen andere functie in de transmurale hulp, in de stationaire hulp of in een thuishulpdienst uitoefenen.

HOOFDSTUK III — *Thuishulpdiensten*

Definitie

Art. 8. De thuishulpdiensten zijn door de Regering erkende diensten die de gebruiker thuis de nodige hulp verlenen zodat hij zo lang mogelijk in zijn gewone omgeving kan blijven en die hun activiteiten in meerdere gemeenten van het Duitse taalgebied aanbieden.

Opdrachten

Art. 9. De thuishulpdiensten dekken naar gelang de behoeften van de gebruiker een of meerdere van volgende kerntaken af :

1. gezins- en bejaardenhulp : rechtstreekse persoonsgebonden hulp, begeleiding en verzorging van de gebruiker die een rechtstreeks verband met zijn fysieke en psychische behoeften heeft. Ook het waken bij een zieke hoort erbij. Deze hulp moet de zelfredzaamheid van de gebruiker verhogen;

2. huishoudelijke hulp : materiële hulp voor het dagelijkse leven, hulp bij het huishoudwerk en bij de organisatie van het huishouden van de gebruiker, o.a. schoonmaken van de woning, wassen, maaltijden bereiden, boodschappen en inkopen doen;

3. handenarbeid : hulp bij het onderhouden en herstellen van de bewoonde ruimtes van de gebruiker en van zijn directe omgeving, o.a. herstellingen, renovaties, tuinwerken, winterdienst, verhuizing.

De Regering bepaalt voor de in lid 1, 1° en 2°, omschreven hulp interventiecriteria waarmee de aard en de intensiteit van de vereiste hulp kunnen worden bepaald.

De in lid 1, 2° en 3°, omschreven kerndomeinen kunnen ten dele door de thuishulpdiensten afgedekt worden.

De in lid 1, 1° en 2°, omschreven hulp moet volgens het principe van de contactverzorging worden verleend.

Subsidiëring

Art. 10. § 1. De Regering bepaalt binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen het bedrag van de subsidie, de voorwaarden voor de subsidiëring en de modaliteiten waaronder de thuishulpdiensten hun opdrachten vervullen.

§ 2. Om de subsidie vast te leggen, verleent de Regering de erkende diensten jaarlijks een contingent uren voor dienstverlening, coördinatie en bijscholing.

Het goedgekeurde jaarlijkse contingent uren kan in de loop van het jaar door de Regering worden gewijzigd om aan de behoeften te beantwoorden.

§ 3. De subsidie wordt op basis van het door de Regering bepaald urenforfait berekend, waarbij rekening wordt gehouden met de geschatte aanneembare personeels- en werkingskosten en met de geschatte ontvangsten van de dienst.

HOOFDSTUK IV. — *Consultatiebureau*

Definitie

Art. 11. Het consultatiebureau is een door de Regering erkende rechtspersoon die de gebruiker informatie, adviezen, planning inzake hulp, begeleiding en coördinatie inzake thuishulp, transmurale en stationaire hulp aanbiedt en informeert over alle dienstverleners die op sociaal vlak en op gezondheidsvlak actief zijn in het Duitse taalgebied.

Het consultatiebureau treedt tevens op bij een individueel vraag naar informatie of hulp die afkomstig is van een gebruiker of zijn vertegenwoordiger en op verzoek van een dienstverlener.

In de Duitstalige Gemeenschap wordt ten hoogste één consultatiebureau erkend dat voor de hele bevolking van het Duitse taalgebied bevoegd is. Het consultatiebureau kan niet tegelijkertijd een dienst aanbieden.

Het consultatiebureau moet over een kantoor in het noorden van de Duitstalige Gemeenschap en over een kantoor in het zuiden van de Duitstalige Gemeenschap beschikken.

Algemene opdrachten van het consultatiebureau

Art. 12. Behoren tot de opdrachten van het consultatiebureau :

1. de voorlichting van de bevolking over het bestaande aanbod qua thuishulp, transmurale en stationaire hulp door middel van public relationswerk;

2. de observatie van de evolutie van de behoeften qua thuishulp, transmurale en stationaire hulp en - zo nodig - het aan de Regering voorstellen van aanpassingen van het aanbod met vermelding van de ervoor noodzakelijke kadervoorwaarden;

3. het garanderen van de informatie-uitwisseling en de contacten tussen de diensten voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp;

4. de uitwerking van voorstellen aan de in de Duitstalige Gemeenschap erkende instellingen voor vervolmaking en voortgezette opleiding wat de inhoud betreft, en wel voor personen die als hoofdberoep of als vrijwilliger werkzaam zijn, en voor mantelzorgers;

5. de informatie op het vlak van hulpverlening bij geweld tegen bejaarden en wel onder de door de Regering vastgelegde voorwaarden.

Het consultatiebureau kan bij de behandeling van klachten, bij de behandeling van het thema « geweld tegen bejaarden » en bij het toezicht op de medewerkers van het consultatiebureau door middel van honorariumovereenkomsten een beroep doen op externe experts.

Opdrachten van het consultatiebureau ten gunste van de bejaarden

Art. 13. § 1. Tot de opdrachten van het consultatiebureau ten gunste van de bejaarden behoren binnen de door de Regering vastgelegde voorwaarden en modaliteiten onder andere :

1. de persoonlijke voorlichting van de bejaarde resp. van zijn vertegenwoordiger over het in de Duitstalige Gemeenschap bestaande aanbod inzake thuishulp, transmurale en stationaire hulp en andere vormen van hulp;

2. de individuele analyse van de behoeften die samen met de bejaarde resp. zijn vertegenwoordiger wordt uitgevoerd. Het consultatiebureau houdt bij deze analyse rekening met de wensen en noden van de bejaarde en met de vrije keuze van de dienstverlener. Op wens van de bejaarde resp. zijn vertegenwoordiger kunnen andere personen bij de analyse van de behoeften worden betrokken. De analyse van de behoeften verduidelijkt de behoefte aan verpleegkundige, sociale en huishoudelijke hulp, aan hulpmiddelen, aan aanpassingen van de woning en alle andere behoeften van de bejaarde.

Met het oog op de inschatting van de behoefte aan gezins- en bejaardenhulp en aan huishoudelijke hulp bepaalt de Regering evaluatie-instrumenten. De analyse van de behoeften gebeurt in principe bij de gebruiker thuis;

3. de uitwerking van een individueel, op de leefwereld georiënteerde hulplan in overleg met de bejaarde resp. zijn vertegenwoordiger. In dit plan wordt de hulp opgenomen die op basis van de analyse van de behoeften is aanbevolen, rekening houdend met alle optredende dienstverleners. Het hulplan houdt rekening met de beschikbare capaciteit van de dienstverleners en wordt in afspraak met hen opgesteld. Het hulplan dient als aanbeveling voor de door de bejaarde resp. zijn vertegenwoordiger gevraagde prestaties.

Als de bejaarde resp. zijn vertegenwoordiger akkoord gaat met het uitgewerkte hulplan, neemt het consultatiebureau contact op met alle betrokken dienstverleners met het oog op de verwezenlijking van het hulplan.

4. Indien nodig helpt het consultatie bij de aanschaffing van de nodige hulpmiddelen en verwijst het door naar de respectieve diensten en instellingen. In het kader van zijn adviserende functie doet het consultatiebureau een beroep op de bevoegde diensten en instellingen, vooral voor aanpassingen aan woningen.

Indien nodig worden aan de bejaarde resp. zijn vertegenwoordiger alternatieven voor zijn huidige woonsituatie voorgesteld;

5. de berekening van de persoonlijke bijdrage van de gebruiker voor de in het hulplan opgenomen dienstprestaties krachtens artikel 17 en de voorlichting van de bejaarde over mogelijke financiële steun;

6. de regelmatige evaluatie van het hulplan nadat de gebruiker een beroep heeft gedaan op de aanbevolen hulp.

Om te beoordelen of de hulp nog steeds adequaat is, wordt het hulplan minstens alle zes maand beoordeeld samen met de bejaarde resp. zijn vertegenwoordiger en de respectieve dienstverleners. Deze worden ook bij een verandering van de begeleidings- en verzorgingssituatie geïnformeerd;

7. de medewerker van het consultatiebureau begeleidt de bejaarde professioneel en persoonlijk gedurende de hele periode waarin hulp wordt verstrekt, en hij coördineert het aanbod aan diensten uitgaand van de noden en behoeften en rekening houdend met de individuele leefwereld van de gebruiker.

In nauwe samenwerking met de dienstverlener kan de verantwoordelijkheid voor het organiseren van het dagelijkse leven bij de gebruiker aan deze dienstverlener worden gedelegeerd. Hierbij gaat het vooral om precare en met risico verbonden situaties waarin dan ook op korte termijn gehandeld en bijgestuurd moet worden;

8. de adviesverstrekking op het vlak van de hulpverlening bij geweld tegen bejaarden.

§ 2. Bejaarden die een beroep wensen te doen op de in artikel 9, § 1, 1°, bepaalde hulp en op de stationaire hulp van de bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen, vragen de hulp van het consultatiebureau om krachtens § 1, 2° en 3°, de analyse van de behoeften uit te voeren en een hulplan op te stellen.

Indien er geen hulplan bestaat, laten de thuishulpdiensten, de bejaardentehuizen en de rust- en verzorgingstehuizen dit hulplan door het consultatiebureau opstellen voordat zij optreden.

Weigert de bejaarde het opgemaakte hulplan of wordt er van het voorgestelde hulplan afgeweken, dan moeten de dienst, het bejaardentehuis of het rust- en verzorgingstehuis aan het consultatiebureau een met redenen omkleed verslag overmaken. De Regering legt daarvoor criteria vast. Deze verslagen worden bij het consultatiebureau gearhiveerd.

Indien het hulplan in de loop van de uitvoering moet worden aangepast, verzoekt de dienst, het bejaardentehuis of het rust- en verzorgingstehuis het consultatiebureau om herziening van het bestaande hulplan.

De in lid 1 bepaalde adviesverstrekking door het consultatiebureau is niet vereist, als de tussenkomst minder dan één maand duurt of als de bejaarde een palliatieve patiënt is. Wordt een hulp dringend verleend waarvan de vermoedelijke duur meer dan één maand bedraagt, dan wordt de behoefte aan dienstprestaties, binnen de maand na de hulpverlening, door het consultatiebureau nagezien. De dienst informeert onmiddellijk het consultatiebureau over het verzoek om spoedbehandeling.

§ 3. In het kader van de door de Regering vastgelegde modaliteiten sluit het consultatiebureau een overeenkomst af met alle thuishulpdiensten, bejaardentehuizen en rust- en verzorgingstehuizen in de Duitstalige Gemeenschap; daarin worden de modaliteiten van de samenwerking vastgelegd met inachtneming van de in voorliggend artikel bepaalde opdrachten van het consultatiebureau.

Subsidiëring

Art. 14. De Regering bepaalt binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen de voorwaarden voor de subsidiëring en de modaliteiten waaronder het consultatiebureau zijn opdrachten vervult. Om de subsidie vast te leggen, houdt de Regering rekening met volgende criteria :

1. het potentieel aantal personen in de Duitstalige Gemeenschap die een beroep kunnen doen op de prestaties van het consultatiebureau;
2. het aantal bejaarden in de Duitstalige Gemeenschap;
3. het aantal diensten en instellingen die thuishulp en/of transmurale en stationaire hulp aanbieden.

Structuurvoorwaarden

Art. 15. § 1. Om erkend te kunnen worden, moet het consultatiebureau het statuut van een vereniging zonder winstoogmerk hebben en minstens volgende organisaties en personen uit het Duitse taalgebied tot zijn leden mogen rekenen :

1. alle rust- en verzorgingstehuizen;
2. alle thuishulpdiensten; ze mandateren elk twee vertegenwoordigers voor de algemene vergadering;
3. alle openbare centra voor maatschappelijk welzijn;
4. alle ziekenfondsen;
5. alle artsenkringen;
6. alle geïntegreerde thuiszorgdiensten;
7. twee zelfstandige ziekenverplegers;
8. thuiszorgdiensten voor zieken, die in totaal twee vertegenwoordigers mandateren voor de algemene vergadering;
9. alle ziekenhuizen;
10. alle organisaties uit de thuishulp die hoofdzakelijk met vrijwilligers werken;
11. twee bejaarden die woonachtig zijn in het Duitse taalgebied.

Naast de in lid 1 omschreven organisaties en personen moet de Intercommunale van de Medisch-Sociale Instellingen Moresnet (A.I.O.M.S.) lid van de vereniging zijn.

Der opdrachten van de algemene vergadering, van de raad van bestuur en van de directie worden in de statuten van de vereniging bepaald. De algemene vergadering kiest de leden van de raad van bestuur.

§ 2. Om erkend te kunnen worden, moeten volgende organisaties of personen in de raad van bestuur van de vereniging zetelen :

1. alle thuishulpdiensten die de kerncompetentie gezins- en bejaardenhulp afdekken, met telkens een vertegenwoordiger, met uitzondering van de VZW Familienhilfe, die twee vertegenwoordigers mandateert;
2. alle thuishulpdiensten die de kerncompetentie hulp in het huishouden en handenarbeid afdekken, met een vertegenwoordiger;
3. de rust- en verzorgingstehuizen, die in totaal drie vertegenwoordigers mandateren;
4. de organisaties voor huishoudelijke hulp die hoofdzakelijk met vrijwilligers werken en die in totaal een vertegenwoordiger mandateren;
5. de thuiszorgdiensten voor zieken, die in totaal een vertegenwoordiger mandateren;
6. de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, die in totaal een vertegenwoordiger mandateren;

7. alle ziekenfondsen met een vertegenwoordiger;
8. alle artsenkringen met een vertegenwoordiger;
9. een zelfstandige ziekenverzorger;
10. een bejaarde.

§ 3. Een vertegenwoordiger van de afdeling neemt met adviserende stem deel aan de vergaderingen van de instanties van de vereniging die beslissingen nemen.

§ 4. De raad van bestuur delegeert de dagelijkse leiding aan de zaakvoerder die in artikel 7, § 2, 2°, is vermeld.

HOOFDSTUK V. — *Proefprojecten*

Promotie

Art. 16. § 1. In het kader van een met een inrichtende macht afgesloten overeenkomst kan de Regering onder de erin vastgelegde voorwaarden een proefproject voor een beperkte duur van hoogstens drie jaar bevorderen.

Deze proefprojecten zijn een innovatief aanbod aan thuishulp.

Drie maand voor het verstrijken van de overeenkomst dient de inrichtende macht bij de afdeling een evaluatie in. De Regering beslist over de verdere promotie van het project op basis van de evaluatie en van het advies van de afdeling en na een hoorzitting met de inrichtende macht.

§ 2. De aanvraag om promotie van en proefproject moet ter goedkeuring bij de afdeling ingediend worden en moet volgende gegevens vermelden :

7. de identiteit en het statuut van de dienst;
8. het bewijs dat er rekening houdend met de geografische, demografische en socio-economische factoren behoefte is aan het proefproject;
9. de gedetailleerde beschrijving van het project;
10. de timing van de verwezenlijking van het project;
11. de evaluatiecriteria met betrekking tot het project;
12. de kostenraming en het financieringsplan.

De Regering beslist binnen de drie maand na de indiening van de volledige aanvraag over de promotie van het project of over het weigeren van de aanvraag.

HOOFDSTUK VI. — *Financiële bijdrage van de gebruikers*

Vastlegging en berekeningsmodaliteiten

Art. 17. De Regering bepaalt de modaliteiten voor de berekening van de bijdrage die de gebruiker dient te betalen, en de bedragen voor het gebruik van de hulp van de erkende thuishulpdiensten. Voor de in artikel 9, lid 1, 1°, omschreven gezins- en bejaardenhulp wordt het bedrag dat moet worden betaald, bepaald a rato van het inkomen van het huishouden van de gebruiker.

De dienstprestaties van het consultatiebureau zijn gratis voor de gebruikers, voor de bejaarden en voor de dienstverleners.

HOOFDSTUK VII. — *Klachten*

Klachtendienst

Art. 18. De Regering belast een natuurlijke persoon of een rechtspersoon met de behandeling van klachten over de diensten of over het consultatiebureau die niet de dienst of het consultatiebureau zelf en de gebruiker of zijn vertegenwoordiger niet opgelost krijgen.

De Regering bepaalt de verdere modaliteiten.

HOOFDSTUK VIII. — *Toezichts- en strafbepalingen*

Toezichtsbepaling

Art. 19. § 1. De op basis van voorliggend decreet erkende diensten en het consultatiebureau staan onder het toezicht van de door de Regering aangewezen personen.

De met het toezicht belaste personen mogen alle onderzoeken en controles uitvoeren en alle inlichtingen verzamelen die zij noodzakelijk achten om zich te vergewissen dat de bepalingen van dit decreet en de bepalingen ter uitvoering ervan nageleefd worden.

Ze kunnen in het bijzonder :

1. mits voorafgaande toestemming van de betrokken dienst of van het consultatiebureau in hun lokalen alle boeken en documenten inkijken die door voorliggend decreet en de bijbehorende uitvoeringsbesluiten voorgeschreven worden, en hiervan afschriften of uittreksels maken. Bij een dringende gemotiveerde verdenking inzake schending van de voorwaarden voor erkenning en subsidiëring is de toestemming van de betrokken dienst of van het consultatie niet vereist om deze controle te kunnen doorvoeren. Ruimtes die als woning gelden, mogen zonder toestemming van de bewoner uitsluitend door de in lid 1 genoemde personen betreden worden en wel met een overeenkomstige toestemming van een onderzoeksrechter;

2. mits voorafgaande toestemming van de gebruiker huisbezoeken afleggen;

3. met het oog op de uitvoering van hun opdracht de hulp van de lokale of federale politie vragen;

4. de in 2° vermelde onderzoeken en controles uitvoeren zonder voorafgaande aanmelding, zonder dat hierbij een vertegenwoordiger van de dienst of van het consultatiebureau aanwezig is. In dit geval wordt de directie van de dienst of het consultatiebureau onmiddellijk nadien geïnformeerd.

§ 2. De diensten en het consultatiebureau dienen bij de afdeling jaarlijks uiterlijk op 30 april een activiteitenverslag over hun dienstprestaties uit het vorige jaar in. De Regering legt de structuur en de precieze inhoud van het in te dienen activiteitenverslag vast.

§ 3. Met het oog op het toezicht op het gebruik van de toegekende subsidies wordt gebruik gemaakt van de artikelen 55 tot 58 van de gecoördineerde wetten betreffende de staatsboekhouding d.d. 17 juli 1991.

Verzuim

Art. 20. Bij niet-naleving van bepaalde bepalingen uit het decreet en van bepalingen ter uitvoering ervan brengt de afdeling de dienst of het consultatiebureau hiervan op de hoogte en verzoekt om binnen een termijn van dertig dagen een standpunt ter zake in te nemen en, zo nodig, het verzuim op te heffen.

De bevoegde minister wordt door de afdeling van het ministerie over de niet-naleving geïnformeerd.

Indien het standpunt van de dienst of van het consultatiebureau niet gemotiveerd is en indien het verzuim niet wordt opgeheven, worden de in artikel 21 voorziene administratieve sancties toegepast.

Administratieve sancties

Art. 21. De Regering kan de voorlopige erkenning of de erkenning opschorten of intrekken, als de ervoor vereiste voorwaarden niet meer vervuld zijn.

De dienst of het consultatiebureau heeft het recht om door de Regering gehoord te worden vooraleer de Regering ter toepassing van voorliggend artikel een beslissing neemt. De Regering bepaalt hiervoor de modaliteiten en voorwaarden.

De weigering, opschorting of intrekking van de voorlopige erkenning of van de erkenning heeft op het ogenblik van de kennisgeving van de desbetreffende beslissing de onmiddellijke stopzetting van de hulp of van de activiteiten van het consultatiebureau tot gevolg.

Bij opschorting van de voorlopige erkenning of de erkenning kan de Regering onder door haar bepaalde voorwaarden toestaan dat de dienst of het consultatiebureau de vóór de opschorting aanvaarde aanvragen verder uitvoert.

Strafrechtelijke sancties

Art. 22. Wordt gestraft met een geldboete van € 1.000 tot € 10.000 wie :

1. zonder de overeenkomstige voorlopige erkenning of erkenning hulp of advies aanbiedt waarop dit decreet en de bepalingen ter uitvoering ervan van toepassing zijn;
2. op illegale wijze beweert dat hij over de in dit decreet voorziene voorlopige erkenning of erkenning beschikt;
3. de uitvoering van de in voorliggend decreet voorziene controles op de naleving van de in dit decreet vastgelegde voorwaarden voor de erkenning en de subsidiëring weigert of belemmert, rekening houdend met het recht van de betrokkene om zichzelf strafrechtelijk niet te belasten door de uitspraken die hij doet, of door de documenten die hij overhandigt;
4. de benaming « thuishulpdienst » of « consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp » gebruikt zonder over de in voorliggend decreet voorzien voorlopige erkenning of erkenning te beschikken.

HOOFDSTUK IX. — Slotbepalingen

Overgangsbepaling

Art. 23. Thuishulpdiensten die vóór de inwerkingtreding van dit decreet erkend werden om deze prestaties te verrichten, gelden met toepassing van dit decreet voor een overgangperiode van twee jaar als erkend en kunnen binnen die termijn een erkenningsaanvraag overeenkomstig dit decreet indienen.

Art. 13, § 2, is niet van toepassing op de dienstprestaties die op het ogenblik van de inwerkingtreding van dit decreet verricht worden.

Opheffingsbepaling

Art. 24. Het decreet van 26 juni 1986 tot regeling van de erkenning van de diensten voor gezins- en bejaardenhulp, van de toekenning van subsidies aan deze diensten en van de bijdragen van de beneficiant van de hulp, gewijzigd bij de decreten van 21 december 1987, 1 maart 1988, 25 juni 1991, 23 oktober 2000, 7 januari 2002, 18 maart 2002 en 3 februari 2003, wordt met uitzondering van de hoofdstukken III en IV van dit decreet opgeheven. De hoofdstukken III en IV van dit decreet worden op een door de Regering vastgelegd tijdstip opgeheven en wel uiterlijk op 1 januari 2010.

Opheffingsbepaling

Art. 25. Het besluit van de Regering van 21 april 1999 houdende erkenning en subsidiëring van de centra voor de coördinatie van de thuiszorg, gewijzigd bij de besluiten van 22 juni 2001, van 22 oktober 2003 en van 7 februari 2008 wordt opgeheven.

Inwerkingtreding

Art. 26. Het decreet treedt op 1 april 2009 in werking.

Eupen, op 16 februari 2009.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap, Minister van Lokale Besturen.

K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale aangelegenheden en Toerisme,

B. GENTGES

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk onderzoek,

O. PAASCH

De Minister van Cultuur en Media, Monumentenzorg, Jeugd en Sport,

Mevr. I. WEYKMANS

Nota's

(1) *Zittingsperiode 2008-2009.*

Documenten van het Parlement : 135 (2007-2008) nr. 1 Ontwerp van decreet. — 135 (2008-2009) nr. 2-6 Voorstellen voor amendementen. — 135 (2008-2009) nr. 7 Verslag.

Uitvoerig verslag : Discussie en stemming - Zitting van 16 februari 2009.